

Thüringen gründet Task Force zur Influencer-Besteuerung – Vorbild für ganz Deutschland?

Die Thüringer Finanzministerin hat am 7. April 2026 die Gründung einer Task Force zur Besteuerung von Influencerinnen und Influencern bekanntgegeben. Ziel dieser neuen Einheit ist es, Einnahmen aus Social-Media-Aktivitäten in Thüringen systematisch zu erfassen und eine gerechte Besteuerung sicherzustellen. Hintergrund sind bundesweite Schlagzeilen über möglichen Steuerbetrug im Influencer-Bereich und die Erkenntnis, dass auch in Thüringen ein erhebliches Potenzial besteht, dem Staat Einnahmen vorzuenthalten.

Um Influencerinnen und Influencer gezielt zu informieren, hat das Finanzministerium eine Broschüre veröffentlicht, die übersichtlich erklärt, worauf bei der Versteuerung von Einnahmen aus Social Media zu achten ist. Es soll laut der Ministerin Steuergerechtigkeit geschaffen und verhindert werden, dass junge Menschen ungewollt in eine Steuerfalle geraten. Der Flyer ist online auf den Webseiten der Thüringer Finanzverwaltung sowie auf den Social-Media-Kanälen verfügbar.

Die Task Force setzt sich aus 15 Fachleuten aus Theorie und Praxis zusammen, darunter Steuerexperten, Steuerfahnder und Mitarbeitende der Steueraufsicht. Ziel ist es, alle Fachbereiche von der steuerlichen Anmeldung bis zu Ermittlungsmaßnahmen eng zu vernetzen und Steuerpflichtige systematisch zu identifizieren. Aktuell werden bereits bekannte Influencerinnen und Influencer sowie Social-Media-Akteure in Thüringen geprüft. Laut der Ministerin sind aktuell über 500 hauptberufliche Influencerinnen und Influencer erfasst, dazu kommen zahlreiche nebenberuflich Tätige, man gehe von einer hohen Dunkelziffer aus. Die Auswertung umfasst mehr als 100.000 Datensätze von Plattformen wie YouTube, OnlyFans und Twitch.

Erste Ergebnisse aus Betriebsprüfungen werden für die Jahre 2021 bis 2023 erwartet. Genaue Zahlen zu Steuermehreinnahmen liegen derzeit noch nicht vor.

Es ist zu erwarten, dass diese Initiative aus Thüringen bundesweit Kreise ziehen und als Vorbild für andere Bundesländer dienen wird.